

Editorial

Neuer BSPV-Geschäftsführer

Die Abgeordnetenversammlung hat Grossrat Daniel Wyrsh zum neuen Geschäftsführer gewählt. Er wird erst der neunte Sekretär des 104 jährigen Bernischen Staatspersonalverbandes sein. Er wird sein Amt als Nachfolger von Matthias Burkhalter am 1. Februar 2016 antreten.

Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV



Matthias Burkhalter (links) und Daniel Wyrsh freuen sich auf ihre zukünftigen Tätigkeiten.

Foto: Ritz

Die Abgeordnetenversammlung hat zudem Toni Coso als neues Geschäftsleitungsmitglied gewählt und die Sektion Justizpersonal aufgenommen.

In der Junisession hat der Grosse Rat zu einigen personalrelevanten Vorstössen

Stellung genommen. Leider nicht im Sinne unserer Mitglieder. Jede Verbesserung für die Kantonsangestellten muss über Jahre hinweg mit Hartnäckigkeit erkämpft werden. Die goldenen Zeiten sind noch nicht angebrochen.

Wir stellen unsere Mitglieder vor, die für die anstehenden National- und Ständeratswahlen kandidieren und ihre Kandidatur gemeldet haben. Der BSPV gibt keine Wahlempfehlungen ab und bleibt weiterhin parteipolitisch unabhängig und neutral.

2 Aktuelles Thema

Personal

Bei Verbesserungsanliegen bekämpft der Grossrat noch immer ab und zu jede Strategie des Regierungsrates.

5,11,12 Sektionen

Rentnervereinigung

Die Rentnervereinigung plant einen Herbstausflug ins Wallis. Prominente Reise- und Gruppenbegleiter inklusive!

6 Interview

Justizpersonal

Die drei Vorstandsmitglieder der neuen Sektion Justizpersonal finden es wichtig, dass sich Engagement lohnt.

8 Wahlen

Nationalrat

Der BSPV und «angestellte bern» (Beilage) empfehlen personalfreundliche Nationalratskandidierende.

Der Grossrat bekämpft nach wie vor Verbesserungsanliegen

In der Junisession hat der Grosse Rat bei einigen Vorstössen Stellung zu personalpolitischen Anliegen bezogen. Zudem sind neue Vorstösse eingereicht worden. Der Grosse Rat hat in den letzten Jahren beim Lohnanstieg die Strategie des Regierungsrates nicht mehr bekämpft. Generell stossen aber Verbesserungsanliegen immer noch auf Skepsis.

Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV



Verbesserungsanliegen stossen im Grossen Rat noch immer auf Skepsis. Foto: Burkhalter

In der letzten Diagonal-Ausgabe haben wir schon berichtet, dass der Grosse Rat das Postulat Schnegg, das einen Personalabbau von 800 Stellen fordert, mit 70 zu 67 Stimmen überwiesen hat. Damit sollen jährlich 80 Millionen Franken eingespart werden. Wir gehen davon aus, dass der Regierungsrat dies wohl prüfen wird, aber effektiv nicht umsetzen kann. Ebenso gut hätte ja der Grosse Rat fordern können, dass der Regierungsrat prüfen soll, wie die Einnahmen um 80 Millionen Franken zu erhöhen seien. Das Abstimmungsverhalten folgte weitgehend dem zu erwartenden parteipolitischen Verhalten. Erwähnens-

wert ist immerhin, dass sich Käthi Wälchli, SVP, Eva Desarzens, FDP, Jan Gnägi, BDP, und Vreni Kipfer, BDP, der Stimme enthalten haben.

Hart zu kämpfen hatte der Präsident des Polizeiverbandes Bern Kanton, Adrian Wüthrich für seine Motion «Allen Kantonsangestellten die gleichen Zeitgutschriften – auch für die Kantonspolizei». Er forderte, dass alle Kantonsangestellten der Gehaltsklassen 1-23 für die Nacht- und Wochenendarbeit die gleiche Zeitgutschrift von 20% erhalten sollen. Beim Polizeikorps beträgt diese ja bekanntlich nur 16%. Eine Zeitgutschrift dient dazu, sich

von körperlich stark belastenden Einsätzen in der Nacht, an Wochenenden, bei Sportanlässen oder beim WEF-Einsatz in Davos erholen zu können.

Unverständlicher Entscheid

Den Motionären Adrian Wüthrich, SP, und Christian Hadorn, SVP, gelang es nicht, dem Grossrat aufzuzeigen, dass es um die Erholungszeit und nicht um einen rein materiellen Vorteil ging. Der Regierungsrat hat nämlich in seiner Stellungnahme zur Motion argumentiert, das Polizeikorps sei durch die bessere Pensionskassenregelung gegenüber dem anderen Personal besser gestellt und brauche deshalb eine kleinere Abgeltung. Wenn es aber um die körperliche Erholung geht, kann doch nicht mit einer Pensionskassenregelung argumentiert werden!

In der Debatte zeigte es sich, dass alle Grossratsmitglieder die Polizei und ihren Einsatz schätzen. Ebenso klar zeigte es sich, dass diese Wertschätzung aber nichts kosten darf. Die beiden Motionäre versuchten, dem Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen, indem sie die Motion in ein

Blicken Sie entspannt in Ihre Zukunft

Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung, Vermögensanlage, Zweitmeinung zu Bank- und Versicherungsofferten – alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand.

**Damit Sie Ihre Zeit unbeschwert
geniessen können.**



Unabhängige Pensionsplanung

Beratungsqualität vom BSPV getestet und für gut befunden. Mit Sonderkonditionen für BSPV-Mitglieder.

GLAUSER+PARTNER

VORSORGE | STEUERN | VERMÖGEN

Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern
T 031 301 45 45

www.glauserpartner.ch

Postulat wandelten. Bei dessen Annahme hätte der Regierungsrat die Zeitgutschrift nicht zwingend erhöhen, wenigstens aber das Anliegen vertieft prüfen müssen.

Mit 95 zu 45 Stimmen bei 6 Enthaltungen lehnte der Grosse Rat die Überprüfung der unbefriedigenden Regelung ab. Erstaunlicherweise enthielt sich Mitmotiönär Christian Hadorn der Stimme. Seine Parteikollegin Sabine Geissbühler hingegen zeigte mit ihrer Ja-Stimme, dass sie sich effektiv für die Polizistinnen und Polizisten einsetzt und nicht nur davon spricht.

Das Abstimmungsprotokoll ist unter: www.bspv.ch → *Aktionen* → *Politische Vorstösse* → *Motion abgelehnt* abrufbar.

Etwas mehr Erfolg mit einem Postulat hatte der Schreiber dieser Zeilen. Der Regierungsrat legte auf seine Intervention einen Bericht vor, der aufzuzeigen sollte, ob der Stellenbestand im Bereich Freiheitsentzug und Betreuung ausreiche. Im Mai 2014 wurde in diesem Bereich ein erheblicher Stellenbedarf von rund 54 Vollzeit-

stellen ausgewiesen. Im Rahmen der Sparmassnahmen des ASP 2014 musste das Amt Freiheitsentzug und Betreuung auf 21 der ausgewiesenen notwendigen Vollzeitstellen verzichten. 21,8 Vollzeitstellen konnten schliesslich im Rahmen bestehender Planstellen bzw. langdauernden Vakanzan des Amtes besetzt werden. Den aus finanziellen Gründen bisher noch nicht gedeckten Stellenbedarf wird der Regierungsrat im Rahmen der zukünftigen ordentlichen Finanzplanungsprozesse jeweils laufend beurteilen. Das Postulat wurde mit 96 zu 49 Stimmen angenommen. Gleichzeitig wurde der Vorstoss entgegen dem Willen des Postulanten abgeschrieben. Das mag logisch erscheinen, da ja der verlangte Bericht erstellt worden ist. Allerdings sind noch längst nicht alle notwendigen Stellen geschaffen. Der BSPV bleibt an dieser Sache dran.

Im März wurde von Matthias Burkhalter, BSPV, Beatrice Stucki, VPOD, und Peter Gasser, SEJB, eine Motion eingereicht, die den Regierungsrat auffordert, auf den

1. Januar 2016 eine Realloohnerhöhung für das Kantonspersonal und die Lehrkräfte vorzunehmen und die Gehaltsklassentabellen entsprechend anzupassen. Wir warten gespannt auf die Stellungnahme des Regierungsrates und die anschliessende Debatte im Grossen Rat.

Neu eingereicht wurde in der Juni-Session eine EVP-Motion, die den Regierungsrat beauftragen will, Arbeitsabläufe, Standards und Effizienz in der Verwaltung mit der Zielsetzung der kostenmässigen Optimierung zu überprüfen und die verlangt, dass dem Grossen Rat ein entsprechendes Projekt vorzulegen sei. Wir sind also gespannt darauf, wie der Regierungsrat dazu Stellung nehmen wird. Für die Aufgabenerfüllung des Kantons Bern ist eigentlich der Regierungsrat zuständig. Der Personaleinsatz ist ein Kerngebiet der exekutiven Tätigkeit. Der Grosse Rat hat aber sicher ein Recht, darauf einzuwirken. Ob es immer in sinnvoller Art und Weise macht, sei dahingestellt.

Pensionskassen und Personal

Der BSPV bietet allen Sektionen und kantonalen Dienststellen eine umfassende Information über Entwicklungen im Personalbereich an.

Üblich ist ein Input der Bernischen Pensionskasse BPK über die Neuigkeiten des Pensionskassengesetzes und praktische Fragen der Umsetzung. Zeitgleich informiert der BSPV über wesentliche Änderungen im Personalrecht, anstehende Lohnmassnahmen und spezifische personalpolitische Forderungen.

Justizleitung nutzt das Angebot

Am 29. Juni hat die Justizleitung von diesem Angebot Gebrauch gemacht, die interessierten Mitarbeitenden durch Referenten der BPK und des BSPV informieren zu lassen. Dass der BSPV den rund 60 Teilnehmenden im Anschluss noch ein ansprechendes Apéro offerierte, gilt als Dank des

Verbandes an die engagierten und motivierten Kantonsangestellten.

Kontaktadresse für Informationsveranstaltungen: sekretariat@bspv.ch



Engagement wird belohnt.

Foto: Zryd



B. Fankhauser



G. Fuchs



D. Derendinger

■ Pensionierung richtig planen

Sie wünschen sich eine erstklassige, unabhängige Pensionsplanung welche ausschliesslich auf Ihre Wünsche, Bedürfnisse und Ziele ausgerichtet ist? Dann sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. **Sonderkonditionen für BSPV Mitglieder.**

Bestellen Sie kostenlos unsere umfassende Broschüre „Pensionierung“ mit vielen nützlichen Tipps und interessanten Berichten.

gutgeplant.ch

Seftigenstrasse 25, 3007 Bern, Telefon: 031 371 90 90, Fax: 031 371 90 92

info@gutgeplant.ch | www.gutgeplant.ch

Seminar – Meeting – Tagung – Sitzung



Hotel Linde Stettlen

Bernstrasse 59 CH-3066 Stettlen
Wireless for free!
40 gratis Parkplätze

Tel. 031 931 85 86
Fax. 031 931 55 03
info@linde-stettlen.ch
www.linde-stettlen.ch

Welche Anlagestrategie bevorzugen Sie?



Erde
Sicherheitsbestimmt
anlegen ohne Aktien.



Wasser
Gemässigte
Anlagestrategie
mit 20% Aktien.



Luft
Ausgewogene
Strategie
mit 40% Aktien.



Energie
Wachstumsorientiert
anlegen mit
60% Aktien.



Feuer
Gewinnorientierte
Anlage mit rund
90% Aktien.

Wir beraten Sie gerne.

Private Banking
Berner Kantonalbank
Telefon 031 666 63 02
www.bekb.ch



BEKB



BCBE

Private Banking



Muesmatt AG

Fenster und Schreinerei

Alpenstrasse 40 · 3052 Zollikofen
Telefon 031 911 80 11 · Fax 031 911 25 11
www.muesmatt.ch

FRIWASH

Die sanfte,
schonende
Autowaschstrasse
mit Textilfasern

Ey 9a, 3063 Ittigen
Tel. 031 921 76 83

Webcam unter: www.friwash.ch



SAISONGERECHT, FRISCH UND
AUTHENTISCH!
GENIESSEN SIE UNSERE TESSINER
UND ITALIENISCHEN SPEZIALITÄTEN
7 TAGE GEÖFFNET
DURCHGEHEND WARMER KÜCHE
UND PIZZA.

Familie S. + D. Cafiero



Grotto Ticino
Pizzeria Cafiero

www.grotto-ticino.ch

Breitenrainplatz 26 · 3014 Bern · Tel. 031 331 96 77

Herbst-Ausflug der Rentner

Bern–Brig: BLS-«LÖTSCHBERGER»
und Brig–Bern: SBB-«IC»

Datum: Donnerstag, 15.10.2015

Tagesprogramm:

Bern-Hbf. ab/an	08.39 Uhr	18.23 Uhr
Münsingen	08.49 Uhr	
Thun	09.01 Uhr	18.04 Uhr
Spiez	09.12 Uhr	17.54 Uhr
Mülünen	09.17 Uhr	
Reichenbach i.K.	09.42 Uhr	
Frutigen	09.25 Uhr	
Kandersteg	09.42 Uhr	
Goppenstein	09.57 Uhr	
Hohtenn	10.02 Uhr	
Ausserberg	10.09 Uhr	
Eggerberg	10.11 Uhr	
Lalden	10.14 Uhr	
Visp		17.28 Uhr
Brig an/ab	10.24 Uhr	17.20 Uhr

Hotel Good Night Inn, Englischer-Gruss-Strasse 6, 3900 Brig, Telefon 027 921 21 00
Die BLS feierte 2013 ein Jubiläum: 100 Jahre Bergstrecke. Das Hotel Good Night Inn kaufte im November 2013 das mit Abstand schönste Modell der BLS Nord- und Südrampe. Peter oder Frau Bodenmann zeigen uns nun diese einzigartige Modelleisenbahnanlage.

Mittagessen

14.30–15.20 Uhr: Entdecken Sie mit dem «Kleinen Simplon Express» die Sehenswürdigkeiten in Brig-Glis und Naters. Zwei Gruppen nacheinander je 50 Personen: Fahrzeit ca. 25 Minuten. Nachher Zeit zur freien Verfügung bis Brig BFH 17.20 Uhr.

Reiseleitung:

Eugen Schneider und Robert Ruprecht

Reise- und Gruppenbegleiter:

Mathias Tromp: 1972–1987 Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Gene-

ralsekretär und Vorsteher des Amtes für Fremdenverkehr, 1987–2008 BLS AG, zuerst als Geschäftsbereichsleiter, ab 1999 Direktor.

Max Fuchs: ehemaliger Lokomotivführer BLS, Kenner der Modelleisenbahnanlage im Good Night Inn.

Peter Bodenmann: 1987–1997 Nationalrat, 1997–1999 Staatsrat des Kt. VS, seit 1999 Hotelier im Good Night Inn in Brig.

Kosten: Fr. 30.00 pro Pers.: Inbegr. Mittagessen (ohne Getränke) und Fahrt mit dem «Kleinen Simplon Express». Teilnehmer lösen ihre Fahrkarte je einzeln. GA und Halbtax = gültig! Teilnehmerzahl beschränkt auf 100 Personen. Berücksichtigung nach Eingang der Anmeldungen.

Anmeldungen nur telefonisch

an Hanni und Eugen Schneider-Schädeli, Gässli 3, 3043 Uettligen, Telefon: 031 829 14 02

Unvergesslich dank Otto Piller

Die Sommerreise der Senioren des BSPV führte uns von Bern über Freiburg (über die Poya-Brücke) zunächst zum Kaffeehalt nach Tifers.

Roland Schafer

Hier gesellte sich Alt-Ständerat Otto Piller zu uns. Der ehemalige Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen erzählte uns eindrücklich über seine Jugend im damals noch hinterwälderischen Senesebezirk und beschrieb dabei den Wandel,

den Freiburg in den letzten 50 Jahren vollzogen hat. Dabei konnte sich Otto Piller auf sein Buch «Erinnerungen und Geschichten aus einer bewegten Zeit» stützen, das er ursprünglich für seine Grosskinder geschrieben und als Privatdruck veröffentlicht

hat. Es ist auf ein unerwartet grosses Echo bei Leserinnen und Lesern aus der Region Deutschfreiburg gestossen (www.kanisius.ch). Die eindrücklichen aber auch aufwühlenden Worte von Otto Piller liessen niemanden unberührt. Man hätte seinen Ausführungen noch lange zuhören mögen.

Nun ging die Fahrt weiter nach Schwarzsee. Hier erwartete uns im Restaurant «Bad» ein reichhaltiges Mittagessen. Nach dem Mittagessen konnte jedes seinen Bedürfnissen entsprechend eine Sesselbahnfahrt auf die Riggisalp oder eine kleine Wanderung um den See unternehmen.

Der Ausflug «um die Ecke» hat uns den unbekannteren Nachbarn Deutschfreiburg näher gebracht und ist dank Otto Piller zum unvergesslichen Erlebnis geworden.



Der Schwarzsee lädt zum Wandern ein.

Foto: Roland Schafer



Pascal Dietrich

Gerichtssekretär Straf- und Zwangsmassnahmen am Regionalgericht Emmental-Oberaargau

Präsident der Sektion Justizpersonal.



Barbara Sollberger

Gerichtssekretärin Straf-/Zivilbereich am Regionalgericht Emmental-Oberaargau

Sekretärin der Sektion Justizpersonal.



Agnesa Abazi

Gerichtssekretärin in der Zivilabteilung des Regionalgerichts Bern-Mittelland

Kassierin der Sektion Justizpersonal.

Justizpersonal

An der Abgeordnetenversammlung vom 24. Juni 2015 wurde die Sektion Justizpersonal in den BSPV aufgenommen. Die neue Sektion hat bereits über 20 Mitglieder und wird stark wachsen. Die drei Mitglieder des Vorstandes geben Auskunft zu ihrer Motivation.

Das Justizpersonal hat mit dem Verband der Richterinnen und Staatsanwälte sowie den GerichtsschreiberInnen bereits zwei BSPV-Sektionen. Weshalb braucht es eine dritte?

Pascal Dietrich (P. D.): Beide bestehenden Sektionen sind ausschliesslich für Juristinnen und Juristen bestimmt. Zahlreiche Angestellte können deshalb dort nicht Mitglied werden. Unsere neue Sektion steht für das Gros der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz, die nicht den oben genannten Berufsgruppen angehören. Als Sektion können wir uns organisieren und unsere Anliegen auf politischer Ebene angehen. Wir haben Interessen und Anliegen, gerade seit der Justizreform aus dem Jahr 2011. Deshalb ist es jetzt wichtig, dass auch wir uns als Berufsgruppe in einer Sektion zusammenfinden, damit unsere Interessen gehört und vertreten werden können.

Barbara Sollberger (B. S.): Für mich ist nicht absehbar, was auf die Mitarbeitenden mittleren Alters und die jüngeren Ange-

stellten des Kantons künftig alles zukommt. Wie sieht es mit den Renten aus, wie mit den Anstellungsbedingungen insgesamt, wie entwickeln sich die Löhne? Selber bin ich in spätestens vier Jahren pensioniert, es könnte mir ja egal sein – ist es aber nicht! Ich hoffe sehr, dass viele junge Mitarbeitende der Justiz unserer neu gegründeten Sektion beitreten werden. Das Engagement lohnt sich und schon alleine die Tatsache, dass die Sektion nun besteht, wird nicht unbemerkt bleiben.

Agnesa Abazi (A. A.): Es wurde Zeit, dass sich der grosse Teil «der Übrigen» zusammenschliesst. Die Anliegen können nun über uns an den BSPV weitergeleitet werden. Ich denke, es gibt überall Verbesserungspotential – deswegen ist die Gründung schon mal ein grosser Schritt.

Welches sind die konkreten personalpolitischen Themen, die das nicht-juristische Personal besonders betreffen?

P. D.: Wir haben allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz, welche nicht

Richter, Staatsanwalt oder Gerichtsschreiber sind, einen Fragebogen zugeschickt. Wir werden die Fragebogen auswerten und dann die Anliegen und Interessen der Angestellten als Sektion vertreten. Ich nehme an, dass die aktuelle Lohnstruktur prioritär angegangen werden muss. Weitere wichtige Themen könnten die zunehmende Bedeutung der Teilzeitarbeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein. B. S.: Hier in Burgdorf in der Neumatt würde sich beispielsweise bereits eine eigene KITA lohnen. Ich bin überzeugt, der Kanton würde Hand bieten punkto Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten. Anderswo gibt es längst betriebseigene Kitas. Dies ist nur ein Beispiel, Anliegen der Mitglieder werden wir anpacken!

A. A.: Konkret haben wir noch nichts in Angriff genommen – dafür brauchen wir das Feedback des Personals. Aber selbstverständlich ist der Lohn sicherlich auch ein Thema – eines von Vielen. Es wird sich mit der Zeit konkretisieren.

Mit der Justizreform hat sich sehr viel verändert. Welches sind die positiven und allenfalls negativen Auswirkungen?

P. D.: Die Justizreform hatte mindestens für einen Teil der Angestellten negative Auswirkungen. Diese betreffen die neue Lohnstruktur, aber auch unüberschaubare Pflichtenhefte oder generell geänderte Aufgabenbereiche. Weiter erfolgte für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Wechsel des Arbeitsortes, denn die ehemals dreizehn Gerichtskreise wurden mit der Reform in vier Regionalgerichte zusammengefasst. Nach meiner persönlichen Einschätzung hat sich die Effizienz durch die Zentralisierung aber nicht verbessert, im Gegenteil. Die neue Lohnstruktur ist in meinen Augen ebenfalls unbefriedigend. Jeder Mitarbeiter erhält entsprechend seinem Aufgabenbereich sogenannte Module: je mehr Module, desto höher der Lohn. Jedoch stehen einer Organisationseinheit oft gar nicht genügend Module zur Verfügung, um alle Aufgaben, die ihre Mitarbeiter erfüllen, auch abzudecken. Das sorgt für Unmut in den eigenen Reihen und birgt vor allem das Risiko, dass die Mitarbeitenden intern gegeneinander ausgespielt werden können.

B. S.: Ich pflichte Pascal bei. Aufstiegschancen werden insbesondere für jüngere Mitarbeitende so verbaut. Etliche von uns haben sich schon seinerzeit in personalpolitischen Stellungnahmen gegen dieses Modulsystem ausgesprochen. Die Reform mag für den Kanton insgesamt positive Auswirkungen haben, für die Bürgerinnen und Bürger sicher nicht (Distanzen, «Unpersönlichkeit» wird verstärkt). Und für die Angestellten? Schlussendlich sind grosse Einheiten immer weniger attraktiv als kleine, es fehlt die motivierende Vielfältigkeit.

A. A.: Mich persönlich hat die Justizreform II – abgesehen vom Standortwechsel – nicht gross betroffen. Ich war zu dieser Zeit noch in Ausbildung.

Richterinnen und Richter haben dieses Jahr einen automatischen Aufstieg von je drei Gehaltsstufen

erhalten. Konnten die anderen Angestellten im gleichen Sinne profitieren?

P. D.: Wir haben keinen Überblick darüber. Ich denke aber, dass die meisten von uns schon glücklich wären, wenn sie jedes Jahr regelmässig mit zwei Stufen rechnen könnten...

B. S.: Automatische Aufstiege sind nicht das, was ich lohnpolitisch anstrebe. Der Arbeitgeber muss aber genügend «Manövrierermasse» haben, um sein Personal leistungsgerecht entlohnen zu können. Wo bleibt die Motivation zu Sonderleistungen, zur Übernahme neuer Aufgaben, zur Leistung von Überzeit, wenn es Ende Jahr so oder anders Gehaltsstufen gibt oder wenn es so oder anders eben keine gibt?

Agnesa, Du bist mit 22 Jahren das wohl jüngste Vorstandsmitglied des BSPV. Weshalb sollten sich vermehrt auch junge Kantonsangestellte im Verband engagieren?

A. A.: Man sagt ja so schön, dass die Zukunft die Zukunft ist. Wir haben nun die Gelegenheit etwas zu ändern. Ich hoffe, es werden sich mehr junge Leute für unsere Sektion interessieren und sich auch engagieren.

P. D.: Obwohl ein Stellenwechsel bei den jungen Leuten beinahe an der Tagesordnung ist, finde ich es wichtig, dass sie sich für ihre Zukunft engagieren. In einer Sektion wird man gehört und die Anliegen können dadurch direkter eingebracht werden. Und gleichzeitig kann ein Mitglied auch kostenlos die Rechtsberatung und den Rechtsschutz des BSPV in Anspruch nehmen. Denn viele wissen nicht, dass sie am Arbeitsplatz Rechte haben.

Barbara, Du bist seit langen Jahren Kantonsangestellte und schon 31

Jahre BSPV-Mitglied. Wie erlebst Du den Kanton Bern als Arbeitgeber?

B. S.: Die typischen Beamten gibt es je länger je weniger. Die Gangart ist auch beim Kanton anders geworden. Beides begrüsse ich. Will der Kanton aber als Arbeitgeber attraktiv bleiben, wird er sich künftig sehr anstrengen müssen. Sollte (was wir doch alle hoffen) die Wirtschaft wieder mal kräftig anziehen, wird der Kantons insbesondere Kaderleute verlieren. Ich habe immer wieder erlebt, dass erfolgreiches Personal von der Privatwirtschaft ebenso erfolgreich abgeworben worden ist.

Wie wird die neue Sektion ihre Anliegen im BSPV einbringen?

P. D.: Primär über den Geschäftsführer. Wir haben einen guten Kontakt und ich bin sehr zufrieden, wie er uns unterstützt.

B. S.: Wir werden die Wünsche und Anliegen der Mitglieder der neuen Sektion mittels konkreter Anträge über die Geschäftsstelle des BSPV einbringen. Ich persönlich bedaure sehr, dass Matthias Burkhalter Ende Jahr als Geschäftsführer aufhört, er hat uns bisher sehr motiviert und unterstützt. Unsere Hoffnung setzen wir aber auch in die Präsidentin des BSPV, die unsere Anliegen als Richterin und als eine

«Viele wissen nicht, dass sie am Arbeitsplatz Rechte haben.»

Pascal Dietrich

von der Front verstehen und unterstützen wird. An dieser Stelle: Mir ist sehr wichtig, dass wir nicht als Sektion der «Büroleute» verstanden werden. Wir haben bereits beim Bekanntmachen der neuen Sektion darauf Wert gelegt, dass auch Personal ohne Mail-Zugang erreicht wird und eine persönliche, direkte Zustellung der Werbeunterlagen erwirkt. Wir hoffen denn auch zusätzlich auf Mitglieder aus technischen und handwerklichen Bereichen wie Hausdienst, Kurierdienste, Reinigungspersonal. Diese Sektion ist eine einmalige Chance für alles nichtjuristische Justizpersonal!

Engagierte Kandidierende stehen zur Wahl

Am 18. Oktober 2015 finden die National- Ständeratswahlen statt. Wir präsentieren ihnen alle BSPV-Mitglieder, die sich bei uns zur Unterstützung gemeldet haben.

Das Ziel des BSPV ist es, dass Persönlichkeiten in den National- und Ständerat gewählt werden, die den Wert öffentlicher Dienstleistungen und guter Arbeitsbedingungen kennen und sich aktiv und kenntnisreich dafür einsetzen. Sie haben die Möglichkeit, jenen Kandidierenden ihre

Stimme zu geben, die sich personalpolitisch für ihre Anliegen einsetzen. Wir präsentieren ihnen nun alle BSPV-Mitglieder, die für den Nationalrat kandidieren und sich bei uns zur Unterstützung gemeldet haben. Marianne Streiff-Feller kandidiert zusätzlich für den Ständerat.

Weitere Wahlempfehlungen

«angestellte bern» unterstützt zudem Kandidatinnen und Kandidaten für die National- und Ständeratswahlen, die sich in den Personalverbänden besonders engagieren. Sie werden in der mitgelieferten Broschüre vorgestellt.

Kandidierende für den National- und Ständerat



Christoph Ammann (1969), *Grossrat*

SP, Gymnasiallehrer, Meiringen
Gymnasiallehrkräfte seit 2006
Nummer des Kandidaten: 04.07.3



Ursula Brunner (1956), *Grossrätin*

SP, Dozentin und Beraterin, Hinterkappelen
Pädagogische Hochschule seit 2014
Nummer der Kandidatin: 03.07.7



Thomas Fuchs (1966), *Grossrat*

SVP, Betriebswirtschafter HF
Geschäftsführer Bund der Steuerzahler, Bern
Einzelmitglied seit 2006
Nummer des Kandidaten: 01.13.9



Christine Häsler (1963), *Nationalrätin*

Grüne, Leiterin Kommunikation, Burglauenen
Höhere Angestellte Bern seit 2011
Nummer der Kandidatin: 09.01.6



Thomas Hiltbold (1960)

Grüne, Gerichtspräsident, Thun
Verein Bernischer Richter und
Staatsanwälte seit 1989
Nummer des Kandidaten: 09.12.1



Hans-Peter Kohler (1960), *Grossrat*

FDP, Chefarzt Spital Netz Bern AG, Bern
Unidozentenverein seit 2006
Nummer des Kandidaten: 11.16.9



Andrea Lüthi (1970) *Grossrätin*

SP, dipl. Sozialarbeiterin/Geschäftsleiterin,
Burgdorf
Einzelmitglied seit 2006
Nummer der Kandidatin: 03.15.8



Ursula Marti (1966), *Grossrätin*

SP, Kommunikationsberaterin, Bern
Einzelmitglied seit 2015
Nummer der Kandidatin: 03.16.6



Corrado Pardini (1965), *Nationalrat*

SP, Gewerkschaftssekretär, Lyss
Einzelmitglied seit 2006
Nummer des Kandidaten: 04.02.2



Werner Salzmann (1962)

SVP, Ing. Agr. FH, Steuerchefexperte
Landwirtschaft, Mülchi
Einzelmitglied seit 1995
Nummer des Kandidaten: 01.23.6



Marianne Streiff-Feller (1957), *Nationalrätin*

EVP, Lehrerein, Politikerin, Urtenen-Schönbühl
Einzelmitglied seit 2010
Nummer der Kandidatin: 16.01.2



Adrian Wüthrich (1980), *Grossrat*

SP, Präsident Travail.Suisse, Gemeinderat,
Huttwil, Präsident Polizeiverband Bern Kanton,
Mitglied seit 2014
Nummer des Kandidaten: 04.23.5

Neuerungen beim BSPV

Der Geschäftsführer Matthias Burkhalter geht in Pension, Toni Coso wird in die Geschäftsleitung gewählt und die Sektion Justizpersonal wird in den Verband aufgenommen – an der Abgeordnetenversammlung (AV) im Juni kam es zu Neuerungen im Verband.

Matthias Burkhalter wird nach 12-jähriger Geschäftsführung des BSPV in Pension gehen. Die Amtsübernahme des neuen Geschäftsführers soll per 1. Februar 2016 erfolgen. Die Abgeordneten wählten den bestens geeigneten Daniel Wyrsh als Nachfolger von Matthias Burkhalter, der seit 2014 Mitglied und Parteikollege von Matthias Burkhalter im Grossen Rat ist.

Christian Stauffer gab nach 11 Jahren seinen Rücktritt als Mitglied der Geschäftsleitung bekannt. Er wurde zum Ehrenmitglied ernannt. Toni Coso wurde einstimmig als sein Nachfolger in die Geschäftsleitung gewählt.

Die Sektion Justizpersonal, bestehend aus nicht-juristischem Personal, wurde am 16. September 2014 im Hotel Bern gegründet und an der AV als Sektion in den BSPV aufgenommen. Auch in diesem Jahr wurden die 40-Jahr Jubilare geehrt. Dem BSPV ist es ein Anliegen, dass die Solidarität dieser Mitglieder und das Engagement solcher Menschen nicht als Selbstverständlich angesehen wird.

Politische Schwerpunkte

Die Präsidentin Anastasia Falkner fasste die politischen Schwerpunkte des letzten Jahres zusammen und Matthias Burk-

halter berichtete über die zukünftigen Forderungen des BSPV. Im vergangenen Jahr konnten bei der Lohnentwicklung erfreuliche Resultate erzielt werden und wir können wohl auch künftig mit einem Gehaltsaufstieg von jährlich 1,5% rechnen. Bei den Pensionskassen gab es eine Neuregelung, die über einige Jahre Bestand haben dürfte. Obwohl der Primatwechsel eine Verschlechterung ist, wurde die bestmögliche Variante gewählt. Immerhin haben wir nun aber eine Rechtsbeständigkeit und wissen, wie es weitergeht. Eine kleine Korrektur der Lohndellen wurde mit Zusatzmitteln von 0,2% der Lohnsumme vorgenommen, hier ist aber noch viel Potential vorhanden und es bleibt auch noch vieles nachzuholen. Die zehn Tage Vaterschaftsurlaub erfreuen die jungen Männer, die hoffentlich nun vermehrt dem Verband beitreten werden. Das Angebots- und Strukturüberprüfungs-Sparpaket blieb bis jetzt noch ohne grosse Auswirkungen auf das Kantonspersonal.

Die Geschäftsleitung des BSPV hat die in nächster Zeit umzusetzenden personalpolitischen Forderungen bei der Finanzdirektion eingegeben. Meist sind sich alle einig darüber, dass Verbesserungen notwendig sind. Der Regierungsrat hat Verständnis, will aber nicht alle Verbesserungen im gleichen Tempo umsetzen, wie es der BSPV fordert.



Ehrenmitglied Christian Stauffer (rechts) mit seinem Nachfolger in der Geschäftsleitung Toni Coso.

Foto: Ritz

Mehr als
25%
Prämien
sparen



**Von der KPT
können Sie auch
mal ganz wenig
erwarten.**



Die führende Online-Krankenkasse mit persönlicher Beratung. Wechseln Sie jetzt zur Krankenkasse mit den ausserordentlich zufriedenen Kunden. Wann macht's auch bei Ihnen Klick? Für Ihre persönliche Offerte und das bequeme Wechselpaket: <https://kollektiv.kpt.ch/bspv/de>,
Telefon 058 310 98 88 oder via den QR-Code und Ihr Smartphone.

KPT
CPT
Einfach gut versichert.

75 Jahre Sektion HTP

Rund 50 Mitglieder der Sektion «Handwerklich technisches Personal und Inselspital» trafen sich zur diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung im Emmental und feierten das 75-jährige Jubiläum.

An der Hauptversammlung wurde Giorgio Insom als Nachfolger für die zurücktretende Präsidentin Maya Burri gewählt. Die engagierte Maya Burri war seit 2006 Präsidentin der HTP. Giorgio Insom vertritt die viertgrösste BSPV-Sektion zugleich in der Geschäftsleitung des BSPV. Alt-Präsident Peter Bernasconi überbrachte Glückwünsche und BSPV-Geschäftsführer Matthias Burkhalter gab einen Rückblick auf die



Ehrenpräsident Markus Niederhauser war der Vorgänger von Maya Burri,...

Foto: Burkhalter



...die nun ihr Präsidium an Giorgio Insom abgegeben hat.

Foto: Archiv HTP

schwierige Gründungszeit im Jahr 1940. Auf grosses Interesse stiess ein historischer Rückblick von Ehrenmitglied Markus Niederhauser, der selbst jahrelang Sektionspräsident war.

Im Jahr 1940 wurden mit verschiedenen Personen, es waren vorwiegend Abwarte in Kantonalen Verwaltungen oder von Instituten der Uni Bern, Gespräche über eine Mitgliedschaft in einem Personalverband geführt. Nur ganz wenige der kantonalen Angestellten waren zu dieser Zeit im VPOD, BSPV oder SMUV organisiert, strebten aber eine eigene GRUPPE ABWARTE in einem dieser Mutterverbände an. Sie entschieden sich für den BSPV. 1941 wurde die GRUPPE ABWARTE an der Abgeordnetenversammlung des BSPV einstimmig aufgenommen.

Die Forderungen, Eingaben und Anregungen der Gruppe waren schon damals im Jahr 1940 wie heute sehr vielfältig.

Beispiele waren eine Spesenentschädigung für den Gebrauch des eigenen Fahrrades, eine obligatorische Unfallversicherung des Staatspersonals, Pflichtenhefte für Angestellte, AHV mit Hilfs- und Besoldungsklassen oder die Wohnungsfrage/Residenzpflicht.

Wie wir sehen, waren die Anfangszeiten der Sektion wie auch heute mit grosser Arbeit, Fleiss und vollster Hingabe verbunden. Dank des unermüdlischen Einsatzes in der Gründungszeit wie in den letzten 75 vergangenen Jahren von vielen treuen Mitgliedern und Vorstandskolleginnen und Kollegen, konnte die jüngere Generation profitieren. Sie dürfen, können und müssen das zum Teil mühsam Erreichte immer erhalten und weiterführen.

Mehr Fotos und vollständiger Bericht unter: www.bspv.ch > Sektionen > Allgemeine Verwaltung > HTP

Der Kostendruck auf das Gesundheitswesen – Erfahrungen aus dem Spitalbereich

Seit der Einführung der Fallpauschalen, den sog. SwissDRG's (Swiss Diagnosis Related Groups), ist der Kostendruck auf die Spitalbetriebe stark gestiegen. Führt dieser Druck zur Unterbesetzung von Stellenplänen zwecks Gewinnoptimierung? Oder führt der Kostendruck lediglich zur schon lange notwendigen Strukturbereinigung im Spitalbereich? Durch



Foto: Hans-Peter Kohler

*Hans-Peter Kohler
Prof. Dr. med., Chefarzt
Spital Netz Bern AG, Grossrat,
Nationalratskandidat FDP*

den direkten Einbezug der zahlreichen Spitalfachpersonen in die Mechanismen der Spitalfinanzierung und in die daraus folgenden Prozessoptimierungen, erfolgt durchaus auch das Verständnis, weshalb teilweise auch unliebsame Umstrukturierungen und Anpassungen am Stellenetat notwendig sind. Dies muss aber mit der notwendigen Behutsamkeit und nicht überstürzt angegangen werden. Medizinalpersonen, welche direkt in der Patientenbetreuung eingesetzt sind, bedürfen eines besonderen Schutzes. Werden z.B. gut eingespielte Pflegeteams durch überstülzte Stellenkürzungen destabilisiert, kann es Jahre dauern, um diese raren Fachkräfte auf dem kompetitiven Gesundheitsmarkt

Schluss Seite 12

wieder neu rekrutieren zu können. Geben wir also Acht auf die Gesundheitsberufe! Die neue Spitalfinanzierung erachte ich trotzdem als richtig, weil dadurch die Player effektiv zu schon länger anstehenden Strukturrevisionen und Prozessoptimierungen sozusagen gezwungen wurden, ohne dass die Behandlungsqualität der Patientinnen und Patienten gelitten hat. Die Veränderungen müssen aber behutsam vorgenommen werden, damit sich die Arbeitsbedingungen der zahlreichen Gesundheitsberufe nicht verschlechtern.

Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.

Ehrengäste zu Besuch

Die diesjährige Versammlung in Guggisberg war bereits die 70. in der langen Tradition der Sektion «Verband bernischer Grundbuchverwalter und Handelsregisterführer». Als am 24. November 1945 der Verband mit dem ersten Präsidenten Jean Häsler im Bürgerhaus in Bern gegründet wurde, sprach noch niemand von elektronischer Grundbuchverwaltung. Die Grundbuchverwalter und Handelsregisterführerinnen sehen sich stets neuen Herausforderungen gegenüber. Für den Erfolg dieser aktiven Sektion spricht, dass Regierungsrat Christoph Neuhaus, Regierungstatthalter Christoph Lerch und zahlreiche weitere Ehrengäste dem Ver-

band ihre Aufwartung machten und die Anwesenden auf den neusten personalpolitischen Stand brachten.



Ehrengäste informieren die Sektion.

Foto: Burkhalter

Strassenmeister Emmental-Oberaargau

Wenn sich 41 gestandene Männer und eine Frau mit dem Sturmgewehr treffen, dann ist nicht ein Anschlag auf den Kanton Bern geplant. Nein, die Strassenmeister der Sektion Emmental-Oberaargau treffen sich zur Jahresversammlung in Signau. Die ordentlichen Traktanden geben unter der kundigen Führung von Präsident Stefan Ammann nicht viel zu diskutieren. Erfreulich sind die drei Neueintritte und auch das Mitmachen der Pensionierten. Sehr viele Junge sind allerdings nicht dabei, denn nicht alle Pensionierten werden

jeweils ersetzt. Bei den Strassenmeistern findet seit Jahren ein schleichender Personalabbau statt. Und nach der Versammlung im Schiessstand Mutten fand dann

eben noch der Ausstich über den besten Schützen statt! Das Bestresultat erzielte Alfred Gerber, dem wir für seine Treffsicherheit gratulieren.



Junge fehlen, da nicht alle Pensionierten ersetzt werden.

Foto: Burkhalter

Impressum



Offizielles Organ des Bernischen Staatspersonalverbandes BSPV

Organe officiel de l'Association du personnel de l'Etat de Berne APEB

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch
ISSN 2997-1866

Redaktion

Daniela Zryd
Matthias Burkhalter
Redaktionsadresse:
Postgasse 60, Pf 533
3000 Bern 8
Tel. 031 311 11 66
Fax 031 311 11 18

Übersetzung französisch
Christine Theumann-Monnier
Sabine Ritz

Inseratenverwaltung

Stämpfli AG
Wölflistrasse 1
Postfach
3001 Bern
inserate@staempfli.com

Satz, Druck und Spedition

Stämpfli AG
Postfach
3001 Bern

Du nouveau à l'APEB

L'administrateur de l'APEB, Matthias Burkhalter, va partir à la retraite. Toni Coso fera son entrée au sein du Comité directeur et la section Personnel de la justice sera accueillie au sein de l'association. Il y a eu du nouveau lors de l'Assemblée des délégués (AD).

Après 12 ans passés à la tête de l'APEB, Matthias Burkhalter va prendre sa retraite. Le nouvel administrateur prendra ses fonctions au 1er février 2016. Les délégués ont élu Daniel Wyrsh pour succéder à Matthias Burkhalter. Collègue de parti de ce dernier depuis 2014 au Grand Conseil, il est la personne idéale pour reprendre les rênes de l'association.

Christian Stauffer, membre du Comité directeur depuis 11 ans, a annoncé son départ. Il a été élu membre d'honneur. Toni Coso a fait l'unanimité pour reprendre sa place au sein du Comité directeur.

La section Personnel de la justice, constituée de non-juristes, a vu le jour le 16 septembre 2014 à l'hôtel Bern. Elle a été accueillie en tant que section au sein de l'APEB lors de l'Assemblée des délégués (AD). Les personnes qui sont membres de l'association depuis 40 ans ont également été honorées cette année. L'APEB a à cœur que la solida-

rité et l'engagement de ces membres ne soient pas considérés comme une évidence.

Temps forts liés à la politique

Anastasia Falkner, présidente, a résumé les temps forts de l'année dernière en termes de politique du personnel tandis que Matthias Burkhalter a fait le point sur les revendications futures de l'APEB. L'année dernière, nous avons obtenu des résultats réjouissants en matière d'évolution salariale; nous pouvons même compter à l'avenir sur une progression des traitements de 1,5% par année. En ce qui concerne les caisses de pension, une nouvelle réglementation est entrée en vigueur; elle devrait durer quelques années. Bien que le changement de primauté constitue une détérioration des conditions, c'est la solution la meilleure possible qui a été choisie. Au moins, nous avons désormais une stabilité juridique et savons ce qui nous attend. Le creux des sa-

liaires a connu une légère correction, grâce à des moyens supplémentaires de 0,2% de la masse salariale; mais ici aussi le potentiel d'amélioration est grand et il reste encore beaucoup à rattraper. Les dix jours de congé paternité réjouissent les jeunes hommes qui, nous l'espérons, seront maintenant plus nombreux à rejoindre l'APEB. Le paquet d'économies dans le cadre de l'examen des offres et des structures (EOS) n'a pour l'heure pas eu de grosses répercussions sur le personnel de l'Etat.

Le Comité directeur de l'APEB a remis à la Direction des finances les revendications en matière de politique du personnel qu'il s'agit de mettre en œuvre prochainement. En général, tous s'accordent sur le fait que des améliorations sont nécessaires. Le Conseil-exécutif se montre compréhensif mais n'entend pas mettre en œuvre toutes les améliorations en même temps, ainsi que le réclame l'APEB.

Association des agents de poursuites

Dans le dernier Diagonal, nous avons malheureusement commis une erreur. Ici la photo du nouveau président Sylvain Grosjean. Nous nous excusons pour cette erreur.



Verband
Bernischer
Betreibungsweibel

Leider ist uns in der letzten Ausgabe des Diagonal ein Fehler unterlaufen. Hier das Foto des neuen Präsidenten Sylvain Grosjean. Wir entschuldigen uns für das Versehen.



Christian Stauffer, membre d'honneur (à droite), avec son successeur au sein du Comité directeur, Toni Coso.

Photo: Ritz

Le Grand Conseil a toujours de la peine avec le personnel de l'Etat

Lors de la session de juin, le Grand Conseil a pris position sur certains sujets de politique du personnel, dans le cadre de différentes interventions. De nouvelles interventions ont par ailleurs été déposées. Ces dernières années, le Grand Conseil a cessé de combattre la stratégie du Conseil-exécutif en matière d'augmentation des salaires. Mais de manière générale, les demandes d'améliorations se heurtent encore et toujours à du scepticisme.

Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB



Au Grand Conseil, les demandes d'améliorations se heurtent encore et toujours à du scepticisme.

Photo: Burkhalter

Dans la dernière édition de Diagonal, nous vous avons informés que le Grand Conseil avait, par 70 voix contre 67, transmis au Conseil-exécutif le postulat Schnegg, qui réclame une réduction de 800 postes de travail. Cette mesure devrait permettre d'économiser 80 millions de francs par année. Nous partons du principe que le Conseil-exécutif va examiner l'objet mais ne pourra pas le mettre en œuvre de manière effective. Le Grand Conseil aurait tout aussi bien pu exiger du gouvernement qu'il examine comment augmenter les recettes de 80 millions de francs par an. Le vote des parlementaires a été largement conforme à ce à quoi on pouvait s'attendre en fonction des différents partis. Il faut toutefois relever que Käthi Wälchli (UDC), Eva Desarzens (PLR), Jan Gnägi (PBD) et Vreni Kipfer (PBD) se sont abstenus. Adrian Wüthrich, président de l'Association

de police Berne-Canton, a dû défendre à l'appui sa motion «Bonus-temps: égalité de traitement de toutes les catégories professionnelles». Il réclamait que tous les employés cantonaux se trouvant dans les classes de traitement 1–23 reçoivent le même bonus-temps de 20% pour le travail de nuit et de fin de semaine. A l'heure actuelle, celui-ci se monte à 16% pour le corps de police. Le bonus-temps permet de se reposer après des interventions durant la nuit, le week-end, une manifestation sportive ou le Forum économique mondial à Davos – interventions qui sont très fatigantes physiquement. Les auteurs de la motion, Adrian Wüthrich (PS) et Christian Hadorn (UDC), ne sont pas parvenus à démontrer au Grand Conseil qu'il en allait du temps de récupération et pas de l'avantage purement matériel. Dans sa prise de position sur la motion, le Conseil-exé-

cutif a en effet argumenté que le corps de police, doté d'une réglementation plus favorable en matière de caisse de pension, était avantagé par rapport aux autres employés et qu'il avait par conséquent besoin d'une indemnisation plus petite. Mais lorsqu'il est question de récupération physique, on ne peut pas opposer comme argument la réglementation sur la caisse de pension!

Le débat a montré que tous les députés apprécient la police et son travail. Il a cependant aussi montré que cette estime ne devait rien coûter. Les deux motionnaires ont tenté de faire passer l'objet en transformant la motion en postulat. Si ce changement avait été accepté, le Conseil-exécutif n'aurait pas été obligé d'augmenter le bonus-temps, mais il aurait au moins dû examiner la demande de manière approfondie.

Par 95 voix contre 45 et 6 abstentions, le Grand Conseil a rejeté l'examen de la réglementation actuelle, pourtant insatisfaisante. Christian Hadorn, co-dépositaire de la motion, s'est, de façon surprenante, abstenu lors du vote. Sa collègue de parti, Sabine Geissbühler, a par contre montré par son OUI qu'elle s'engageait réellement pour les agentes et les agents de police, et pas uniquement en paroles. Le procès-verbal du vote est disponible sur www.apeb.ch → Actions → Interventions parlementaires → Motion rejet!

L'auteur de ces lignes a eu quelque peu plus de succès avec un postulat. Suite à son intervention, le Conseil-exécutif avait présenté un rapport destiné à montrer si les effectifs dans le domaine de la privation de liberté et des mesures d'encadrement étaient suffisants ou non. En mai 2014, un manque de 54 postes à plein temps avait été mis au jour! En raison des mesures d'économie voulues par l'EOS 2014, l'Office de la privation de liberté et des me-

sures d'encadrement a dû renoncer à 21 des postes à temps plein identifiés comme nécessaires. Finalement, 21,8 postes à temps plein ont pu être pourvus dans le cadre de postes déjà prévus et de vacances de postes de longue durée au sein de l'office. Le Conseil-exécutif va désormais évaluer en cours de route le besoin en postes, jusqu'alors non satisfait pour des questions financières, en marge des futures procédures de planification financière. Le postulat a été accepté par 96 voix contre 49. Dans le même temps, l'intervention a été classée, contre la volonté du postulant. Cela peut paraître logique puisque le rapport exigé par le postulat a été établi. Toutefois, les postes nécessaires ne sont de loin pas encore tous créés. Mais l'APEB persiste et signe.

En mars dernier, Matthias Burkhalter de l'APEB, Beatrice Stucki du SSP et Peter Gasser du SEJB ont déposé une motion demandant au Conseil-exécutif de procéder, au 1er janvier 2016, à une augmentation du

salaire réel des employés de l'Etat et du corps enseignant, et d'adapter en conséquence les tableaux des traitements. Nous attendons avec impatience la prise de position du Conseil-exécutif et le débat qui s'ensuivra au sein du Grand Conseil.

Une nouvelle motion, issue du PEV, a été déposée durant la session de juin. Elle entend charger le Conseil-exécutif d'examiner les processus de travail, les standards et l'efficacité au sein de l'administration, avec pour objectif d'optimiser les coûts. La motion exige également qu'un projet allant en ce sens soit soumis au Grand Conseil. Nous sommes pressés de connaître la position du Conseil-exécutif par rapport à cette intervention. C'est en effet lui qui est responsable de ce que le Canton de Berne remplisse ses devoirs. L'emploi du personnel est l'un des aspects centraux de l'activité exécutive. Mais le Grand Conseil a sûrement un droit à exercer une influence dans ce domaine. Le fait-il toujours de manière sensée? La question reste ouverte.

Economisez
plus de
25%
des primes



La CPT a beaucoup à vous offrir, pour si peu!



Le numéro 1 des caisses-maladie online avec conseils personnalisés. Optez pour la caisse-maladie aux clients exceptionnellement satisfaits. Cela fera-t-il aussi clic chez vous? Pour votre offre individuelle et le pack pratique «Passez à CPT online»: <https://kollektiv.kpt.ch/bspv/fr>, tél. 058 310 98 88 ou via le code QR depuis votre smartphone.



Editorial

Le nouvel administrateur s'appellera Daniel Wyrsch

L'Assemblée des délégués a élu Daniel Wyrsch, député au Grand Conseil, comme nouvel administrateur. Il sera seulement le neuvième secrétaire de l'Association du personnel de l'Etat de Berne, pourtant vieille de 104 ans. Daniel Wyrsch entrera en fonction au 1^{er} février 2016 et succèdera ainsi à Matthias Burkhalter.

Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB



Matthias Burkhalter (à gauche) et Daniel Wyrsch se réjouissent de leurs activités futures.

Photo: Ritz

L'Assemblée des délégués de l'APEB a par ailleurs choisi Toni Coso comme nouveau membre du Comité directeur et accueilli la section Personnel de la justice au sein de l'association.

Durant la session de juin, le Grand Conseil a pris position sur différentes interventions en rapport avec le personnel. Mais pas dans le sens espéré par nos membres, malheureusement. Il faut se battre avec opi-

niâtreté et durant des années pour obtenir la moindre amélioration en faveur des employés cantonaux. L'âge d'or n'est pas encore arrivé.

14 Sujet actuel

Personnel

Lorsqu'il s'agit d'améliorations, le Grand Conseil combat encore et toujours les stratégies du Conseil-exécutif.

13 Association

Des changements

Matthias Burkhalter, prend sa retraite, tandis que Toni Coso rejoint le Comité directeur.

6 Interview

Personnel de la justice

Les trois membres du comité de la nouvelle section Personnel de la justice trouvent important que l'engagement paie.

8 Elections

Conseil national

L'APEB et «angestellte bern» (annexe) vous présentent les candidats favorables au personnel.